

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT
mit Antwort der Landesregierung**

Anfrage des Abgeordneten Belit Onay (GRÜNE)

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung

Was geschah mit Herrn C. nach seiner Abschiebung?

Anfrage des Abgeordneten Belit Onay (GRÜNE), eingegangen am 14.02.2019 - Drs. 18/2853
an die Staatskanzlei übersandt am 18.02.2019

Antwort des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport namens der Landesregierung
vom 08.03.2019

Vorbemerkung des Abgeordneten

Am 14. Dezember 2018 um ca. 3 Uhr nachts soll laut einer Pressemitteilung des AK Asyl Göttingen die Polizei plötzlich im Schlafzimmer von Frau C. gestanden haben. Zwölf Polizistinnen und Polizisten sollen ohne Durchsuchungsbefehl und ohne vorher zu klingeln oder zu klopfen die Haustür ihrer Privatwohnung aufgebrochen haben. Sie sollen ohne Vorwarnung in weitere Zimmer eingedrungen sein, bis sie schließlich im Kinderzimmer des neunjährigen Sohnes Herrn C. fanden. Sie sollen ihm 20 Minuten gegeben haben, um seine Sachen zu packen, und ihn dann mitgenommen haben. Um 11 Uhr morgens soll er im Flugzeug nach Sarajevo, Bosnien, gesessen haben und abgeschoben worden sein.

Bevor die Polizei in die Wohnung der Frau C. eingedrungen war, soll Herr C. schon erfolglos in seiner eigenen Privatwohnung gesucht worden sein. Auch hier sei die Tür aufgebrochen worden. Herr C. habe vorher mehrfach eine schwere Krankheit geltend gemacht. Am 20.12.2018 sollte er wegen einer Herzoperation stationär ins Weender Krankenhaus aufgenommen werden. Neben Herzproblemen habe er u. a. Operationen an der Galle hinter sich, leide aufgrund seiner zweijährigen Kriegsgefangenschaft im Jugoslawienkrieg 1992 bis 1994 und dort erlittener Folter unter einer schweren Posttraumatischen Belastungsstörung, Depressionen und sei suizidgefährdet. Seitdem könne er nicht mehr richtig schlafen, berichte über Albträume, habe Angst, alleine zu schlafen, weswegen er häufig bei seiner Schwester und ihrer Familie übernachtet habe. Herr C. habe eine gesetzliche Betreuung gehabt, weil er aufgrund seiner Erkrankung Unterstützung im Alltag benötigte.

Herr C. sei noch am selben Tag um 14:30 Uhr in Sarajevo angekommen. Am Flughafen sei ihm ein Beruhigungsmedikament verabreicht, dann sei er sich selbst überlassen worden. Er sei inzwischen in der Stadt Derventa in Bosnien-Herzegowina. Dort gebe es keine Familie und keine Bekannten von Herrn C. Er lebe auf der Straße ohne Geld, Krankenversicherung oder medizinische Versorgung.

1. Wie ist der aktuelle Stand in dieser Sache, insbesondere hinsichtlich Aufenthaltsort und Zustand von Herrn C. und eventueller Rechtsstreitigkeiten bezüglich der Abschiebung?

Der Landesregierung liegen keine Erkenntnisse zum aktuellen Aufenthaltsort und Zustand des Herrn C. vor. Verwaltungsstreitverfahren bezüglich der Abschiebung sind nicht rechtshängig.

2. Welche mildernden Mittel gegenüber der Abschiebung insgesamt und dem Eindringen in die Wohnung im Besonderen haben die Behörden vorher versucht?

Die Möglichkeit zur freiwilligen Ausreise wurde Herrn C. von der zuständigen Ausländerbehörde mehrfach eingeräumt. Da er von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat, war Herr C. nach § 58 Abs. 1 Satz 1 Aufenthaltsgesetz abzuschieben.

Vor dem Betreten der Wohnung versuchen die Vollzugskräfte grundsätzlich, die abzuschiebende Person durch Klingeln und Klopfen an der Wohnungstür zum Öffnen der Tür zu bewegen. Wird die Tür geöffnet, so weisen sich die Vollzugskräfte gegenüber der abzuschiebenden Person aus und erklären ihr die Situation.

Der Betroffene war melderechtlich nicht unter der Anschrift seiner Schwester erfasst. Jedoch ging aus der Ausländerakte hervor, dass sich der Betroffene nicht unter seiner Meldeadresse, sondern in der Wohnung seiner Schwester aufhielt. Für den Tag der Abschiebung lag ein richterlicher Durchsuchungsbeschluss für beide Wohnungen vor.

Das Mehrparteienhaus wurde durch den offenen Haupteingang betreten und die Wohnung der Schwester ausfindig gemacht. Die Wohnungstür der Schwester stand ebenfalls offen; die Wohnung wurde betreten. Herr C. wurde schlafend in einem der Räume aufgefunden. Nach einer kurzen Aufweckzeit wurde ihm der Grund der Maßnahme erklärt und ihm Zeit zum Packen seiner persönlichen Sachen gegeben.

Während des Zugriffs und im Verlauf der Maßnahme, bei der durchgehend eine Begleitärztin anwesend war, verhielt sich Herr C. ruhig.

Die Wohnung des Herrn C. wurde im Zusammenhang mit der Maßnahme nicht betreten.

3. War Herr C. in der Wohnung von Frau C. gemeldet? Mit welchem Recht drang man dort ein und durchsuchte die Wohnung? War dazu ein Durchsuchungsbefehl erforderlich? Lag dieser vor?

Siehe Antwort zu Frage Nr. 2.

4. Was war den Behörden vor der Abschiebung über den gesundheitlichen Zustand von Herrn C. bekannt, und welche Erwartungen hatten die Behörden bezüglich der Entwicklung seines gesundheitlichen Zustands aufgrund der Abschiebung?

Die Prüfung von zielstaatsbezogenen Abschiebungshindernissen fällt in den Zuständigkeitsbereich des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Dieses hat keine Abschiebungsverbote festgestellt, sodass der Aufenthalt zu beenden war.

Die Ausländerbehörde hat sich eingehend mit dem Gesundheitszustand des Herrn C. im Hinblick auf die von ihr zu prüfende Reisefähigkeit beschäftigt. Ihr lagen diverse ärztliche Stellungnahmen und Atteste vor. Nach einer veranlassten amtsärztlichen Untersuchung wurde die Reisefähigkeit ausdrücklich bestätigt, da keine Anhaltspunkte dafür vorlagen, dass sich der Gesundheitszustand durch den Abschiebungsvorgang verschlechtern würde. Unabhängig hiervon fand die Abschiebung unter dauerhafter ärztlicher Betreuung statt. Darüber hinaus wurde durch die Ausländerbehörde in Zusammenarbeit mit der deutschen Botschaft in Sarajevo ein Sanitätsdienst beauftragt, der den Betroffenen am Flughafen seines Heimatlandes in Empfang genommen hat.

5. Sieht die Landesregierung in diesem Fall Fehler im behördlichen Vorgehen? Falls ja, welche, und was wird gegebenenfalls zu deren Korrektur unternommen?

Fehler im behördlichen Vorgehen sind für die Landesregierung nicht ersichtlich.